

Hamburger Echo

Preis 10 A

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 206

Mittwoch, 29. Juli 1931

57. Jahrgang

Das Ergebnis der Berliner Besprechungen

„Außerordentlich freundschaftlicher Charakter“ / Die persönlichen Fühlungen sollen fortgesetzt und ausgebaut werden

Der offizielle Verhandlungsbericht

WGB, Berlin, 28. Juli.

Die Besprechungen zwischen Reichsminister Brüning, Dr. Curtius, Minister MacDonald und Minister Henderson, die am Dienstagvormittag in der Reichskanzlei begannen, wurden am Dienstagnachmittag in einem weiteren freundschaftlichen Gedankenaustausch fortgesetzt und beendet. Einer der Hauptgegenstände der Besprechung war die Frage, wie die Beschlüsse der Londoner Konferenz am besten in konstruktiver Weise in die Praxis umzusetzen wären. Die englischen und deutschen Minister besprachen weiterhin die allgemeine Wirtschaftslage und die Maßnahmen, die zur Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf wirtschaftliche Gebiete getroffen werden könnten. Die Infragestellung des internationalen Arbeitszeitabkommens für den Bergbau wurde in Erwägung gezogen. Das Abrüstungsproblem wurde im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die kommende Abrüstungskonferenz erörtert.

Die Besprechungen trugen einen außerordentlich freundschaftlichen Charakter und es herrschte allgemein Uebereinstimmung darüber, daß die persönlichen Fühlungen, die durch die Zusammenkünfte in Chequers, Paris und London in so glücklicher Weise geschaffen wurden, fortgesetzt und ausgebaut werden müssen.

Beim Reichspräsidenten

WGB, Berlin, 28. Juli. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute vormittag den Königlich Britischen Ministerpräsidenten Ramsay MacDonald und den Königlich Britischen Außenminister Henderson, die von dem Königlich Britischen Botschafter in Berlin, Sir Ambrose, begleitet waren.

Macdonald für Zusammenarbeit der Völker

Bei einem Empfang der deutschen Presse äußerte MacDonald seine Zuversicht, daß der deutsche Nationalismus die Kraft aufbringen werde, die noch vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn sie überwunden seien, dann heiße es, durch eine Zusammenarbeit der Völker die Verwirklichung der internationalen Atmosphäre herbeizuführen.

Im Anschluß an diese Erklärungen beantworteten MacDonald und Henderson einige Anfragen. Mit großer Entscheidung lehnte er die frühere britische Politik der „balance of power“ ab. Sie stehe im diametralen Gegensatz zu der Politik seiner Regierung. (Balance of power = Gleichgewicht der Kräfte. Das bedeutet: England soll arbeiten für die Gruppierung der Mächte in zwei annähernd gleich starke Hälften, soll aber sich selbst keiner Gruppe ganz anschließen, auf daß es jederzeit den Ausschlag geben kann. Red.) Die Labour-Politik sei umgekehrt auf die Zusammenarbeit der Völker eingestellt.

Seine erste Aufgabe sei die Abrüstung. Das Hoover-Jahr, so betonte MacDonald, sei ein außerordentlich wertvoller Beitrag zur Beseitigung der augenblicklichen Schwierigkeiten. In Bezug auf die Goldabzüge aus der Bank von England würden die Propaganda- und psychologische Motive mitsprechen. England habe bei der Unterdrückung des Völkers und Deutschlands willig seinen Beitrag geleistet und werde es auch weiterhin tun. Ein Vertreter der Stahlhelm-Presse erwähnte, daß MacDonald in seinem Vortrag für Brüning am Montagabend von dem Idealismus der deutschen Jugend gesprochen habe. MacDonald erwiderte darauf, daß er von dem Idealismus und dem guten Willen der Jugend aller Völker gesprochen habe und daß nichts so fürchterlich sei, als wenn die Begeisterungsfähigkeit der Jugend aller Länder durch Feindschaft und Haß verdrängt und gestört würde.

„Stabschef“ Röhm abgesetzt!

Putschisten-Major Pabst der Nachfolger

SPD, München, 28. Juli.

Es befindet sich, daß der „Stabschef“ Hitler, Röhm, durch den Putschistenmajor Pabst ersetzt wird. Röhm ist inzwischen in Urlaub geschickt worden, von dem er nicht mehr in sein Amt zurückkehren wird.

Neuer Pressechef Hitlers

Herkunft: Aus der Schwerindustrie

Die Völkische Zeitung läßt sich aus Essen melden, daß in München im Brauns Haus der neue Reichspressechef der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Dietrich, sein Amt angetreten hat. Dietrich sei ein junger Journalist Anfang der Dreißiger und offenbar unter dem Einfluß gewisser Geldgeber der Partei an diesen Posten gekommen. Dietrich war Hauptredakteur der Hugenbergischen Münchener Nachrichten und Korrespondent der Leipziger Neuesten Nachrichten sowie Mitarbeiter der D. N. Z. In Essen redigierte er bis vor kurzem das Sittlerblatt.

Geheimbefehle der SA.

„Anweisung für die Winterarbeit“

SPD, München, 28. Juli.

Den zahlreichen Geheimbefehlen der Hitler-SA zur Vorbereitung des Bürgerkrieges, die der Weisse Landwehr-Bruderkreis ausführt, reihte der Verteidiger der angeschlagenen Reichswehr in seinem Plädoyer aus dem umfangreichen Material noch einen neuen SA-Geheimbefehl an, aus dem ungewisslich hervorgeht, daß die Nationalsozialisten planmäßig und systematisch auf blutige Auseinandersetzungen mit dem Gegner vorbereitet sind.

Unter Gefinnungsfreunden

Berlin, 29. Juli.

Am Dienstagmittag weilten MacDonald und Henderson im Kreise von Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteileitung und der Leitung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei dem preussischen Ministerpräsidenten

Teilmoratorium für die Landwirtschaft?

Ein ungeheuerlicher Plan

Am Dienstag haben sich die beteiligten Reichsministerien mit dem Plan eines Teilmoratoriums für die Landwirtschaft beschäftigt, den die Vertreter der Grünen Front vor einigen Tagen der Regierung vorgetragen haben. Bei einzelnen Ministerien scheint Neigung zu bestehen, diesem Projekt entgegenzukommen. Man beruft sich dabei auf die Auswirkungen der Kreditrestriktionen und die Schwierigkeiten der Erntefinanzierung.

Der Plan eines Teilmoratoriums für die Landwirtschaft, nach dem Schulden bei Anholdern von land- und forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben, die bis zur neuen Ernte 1931 entstanden sind, sowie die Zinsen aus diesen Schulden zum Herbst 1931 bis Ende 1931 eingefordert werden können, ist nicht neu. Man erinnert sich, daß Eugenbergs schon im vorigen Jahre einen derartigen Plan entwarf. Wenn sich das Reichskabinett auf dieses Projekt einläßt, werden die Folgen unübersehbar sein. Selbstverständlich ist der Gedanke, der Sorgen um seine Schulden durch ein Moratorium ledig zu werden, sehr verlockend. Für den

zu Gast. Die Veranstaltung trug rein privaten Charakter und bot Gelegenheit zu einer herzlichen Aussprache über zahlreiche, vor allem Deutschland interessierende Probleme.

Die Abgeordneten Wels und Breitscheid, die eigens zu dieser Aussprache auf einen Tag von dem Wiener Kongreß zurückgekehrt waren, sind am Dienstagabend wieder nach Wien abgereist.

Augenblick würden auch etwa 80 bis 90 % in der ostdeutschen Landwirtschaft — für diese kommt das Teilmoratorium in Frage — von einer derartigen Aktion profitieren. Die Freude würde aber nur kurz sein. Das Moratorium würde nicht nur das westdeutsche Kapital, das jetzt noch in der ostdeutschen Landwirtschaft tätig ist, vertreiben, sondern müßte auch dazu führen, daß das ostdeutsche Kapital auswandert. Denn die Kapitalgeber würden sich sagen, daß die Landwirtschaft im Winter sicher nicht zahlen wird, wenn sie schon jetzt zur Zeit der Ernte, wo die Landwirtschaft in den Besitz von neuen Mitteln kommt, nicht zahlt.

Ein Moratorium müßte den Zusammenbruch des ganzen ostdeutschen Kreditwesens zur Folge haben.

Wenn die Führer der Grünen Front sich der Tragweite ihrer Forderungen nicht bewußt sind, so sollte wenigstens das Reichskabinett Verständnis für die drohenden Gefahren eines Teilmoratoriums für die Landwirtschaft haben.

Zahlungsschwierigkeiten immer noch sehr stark

Zunächst wenig veränderter Zahlungsverkehr — Für nächste Woche völlige Freigabe in Aussicht gestellt — Unhaltende Bankschwierigkeiten — Reich und Länder sollen überall helfen!

Die Reichsregierung hat am Dienstag eine neue Verordnung erlassen, nach der der Zahlungsverkehr für die Zeit vom Mittwoch bis Sonntag dieser Woche geregelt wird. Die Erleichterungen gegenüber dem bisherigen Zustand sind nur gering. Es ist jedoch in Aussicht genommen, die völlige Freigabe des Zahlungsverkehrs ab Montag der kommenden Woche zu ermöglichen.

Von amtlicher Seite wird hierzu erläutert mitgeteilt: Der Rest dieser Woche ist dadurch gekennzeichnet, daß zu den für die regelmäßigen Lohn- und Gehaltszahlungen noch die Anforderungen des Monatsendes hinzutreten. Es erschien daher nicht ratsam, darüber hinaus für die nächsten Tage eine umfangreichere Lockerung des bisherigen Zahlungsverkehrs vorzunehmen.

Die Erleichterungen, die bis zum Wochenende eintreten, betreffen einmal die Erhöhung der Vorauszahlungssumme von 200 auf 300 M bei Kontokorrentkreditlinien, während es hinsichtlich der Auszahlungen auf Sparkonten und Sparbüchern bei 30 M verbleiben mußte. Die Auszahlung auf Kreditbriefe ist ebenfalls auf 300 M erhöht worden. Freigegeben zur unbefristeten Barauszahlung und folgeweise auch Überweisung sind über die bisher bestehenden Fälle hinaus die Mietzinsen für Wohnungen und gewerbliche Räume, sofern der Kontentinhaber nicht Einnahmen aus Lohn, Gehalt, Ruhegeld usw. bezieht, ferner zur Einlösung von Zinsentzinsen und Gewinnanteilscheinen. Die Überweisungen sind im allgemeinen auf 4000 M täglich, also insgesamt 16.000 M bis zum Wochenende erhöht worden, und dem Überweisungsverband wird der Scheckbetrag von 50.000 M vorausgesetzt und weiter erhöht werden. Zur Wechselniederschlag sollen täglich 8000 M, also 32.000 M bis zum Wochenende ausbezahlt werden dürfen. Die Wechselniederschlag sind entsprechend den bisherigen Regelungen wieder teilweise etwas hinausgeschoben worden, während eine Verlängerung der Zahlungsfrist für die nach dem 21. Juli 1931 ausgestellten Schecks nicht mehr notwendig schien.

Die Gründung der Akzept- und Garantienbank

Ist am Dienstagnachmittag in den Räumen der Reichsbank vorgenommen worden. Das Reich ist in dem Aufsichtsrat der Bank durch zwei höhere Beamte aus dem Reichsfinanz- beziehungsweise Reichswirtschaftsministerium vertreten.

Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie tritt heute in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Im Vordergrund der Erörterungen werden die „Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs“ und die „Devisenlage“ stehen.

Die Lage der Sparkassen

Nachbildung des Reichskabinetts

SPD, Berlin, 29. Juli.

Das Reichskabinett trat am Dienstagabend um 10.30 Uhr zu einer mehrstündigen Nachsitzung zusammen. Gegenstand der Verhandlungen bildeten die Lage der Sparkassen und die Frage der vorübergehenden Stützung einer größeren rheinischen Bank. Die Sitzung wurde grundsätzlich beschloffen, der Stützungsbetrag jedoch noch nicht endgültig festgelegt. Vorläufig wird der Bank eine Summe von mehreren Millionen Mark überwiesen werden.

Die Besprechungen über die Regelung des künftigen Zahlungsverkehrs der Sparkassen werden heute und in den nächsten Tagen fortgesetzt. Sie dürften zum Ende der Woche abgeschlossen werden. Es ist damit zu rechnen, daß der Zahlungsverkehr der Banken von der kommenden Woche ab freigegeben wird, daß aber für die Sparkassen bis auf weiteres noch beschränkte Auszahlungen angedordnet werden.

Die Sitzung des Reichskabinetts fand gegen 1.30 Uhr morgens ihr Ende.

Leipziger Großbank mit Sächsischer Staatsbank verschmolzen

Im Freistaat Sachsen haben sich die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt A.G. in Leipzig und die Sächsische Staatsbank am Dienstag zu einem einheitlichen mitteldeutschen Kreditinstitut zusammengeschlossen. Der Beitritt weiterer Banken, und zwar hauptsächlich solcher Institute, auf die die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt schon maßgebenden Einfluß hat, steht bevor.

Offiziell wird zu dieser Verschmelzung zwischen einer öffentlichen und einer privaten Großbank erklärt, daß es sich hier nicht um eine Stützungsmassnahme für die Allgemeine Kreditanstalt handle, sondern um einen Versuch, der Überforderung und Zersplitterung im deutschen Bankwesen zu steuern und die Kreditbasis der mitteldeutschen Wirtschaft dem In- und Auslande gegenüber zu festigen. Für die gesamten Verbindlichkeiten der nunmehr vereinigten Institute habe der sächsische Staat die volle Haftung übernommen. (Wenn es sich hier wirklich nicht um eine Stützung handeln sollte, so ist es aber bestimmt eine „Stützungsmassnahme“, für die die Kräfte des Staates herangezogen werden.)

Die Devisenablieferungspflicht

Die Frist zur Ablieferung oder Anzeige von Devisen im Gesamtbetrag von 20.000 M und darüber für den einzelnen Ablieferungsgegenstand unter Zurechnung der Devisen seiner Ehefrau und der mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kinder läuft am 29. Juli 1931 ab. Eine Verlängerung dieser Frist ist nicht beabsichtigt. Lediglich für die Inhaber von Währungsscheinen bei inländischen Kreditinstituten ist mit Rücksicht darauf, daß die Verpflichtung dieser Inhaber zur Ablieferung oder Anzeige ihrer Währungsguthaben erst in der zweiten Durchführungsverordnung zur Kapitalfluchtverordnung festgestellt worden ist, die Frist bis zum 5. August 1931 erstreckt worden. Auch hier besteht jedoch Ablieferungs- oder Anzeigepflicht bis zum 5. August nur in den Fällen, in denen das Währungsgesetz zusätzlich des sonstigen Devisenbesitzes den Gegenwert von 20.000 M erreicht oder übersteigt.

Sozialisten bauen den Weg

Gestern Abend hat Henderson Berlin im Eisenbahnzug verlassen, heute ist MacDonald mit einem Militärflugzeug nach London zurückgefliegen. Ihr Berliner Besuch hat fortgesetzt, was Chequers begann; endgültige Ergebnisse hat auch er nicht gebracht. Aber die Aussprachen führten zu besserem Verständnis, man hat gegenseitig die Ziele des andern Teils genauer erkannt und ist sich über die Motive klar geworden; das ist die Voraussetzung für die Schaffung der Völkergemeinschaft, die MacDonald gestern in einer Berliner Pressebesprechung wiederum als das Ziel seines politischen Strebens bezeichnet hat. Sein Glaube an die Menschheit und ihre Solidarität hat MacDonald befähigt, den Ausweg aus der allenglischen Politik der Mächtegruppierungen zu finden; und derselbe Glaube befähigt Henderson, MacDonalds Idee zu dienen. Als Staatsmänner kamen sie; aber sie hätten nie den Schritt getan, wenn nicht ihr sozialistisches Gewissen sie dazu trieb. War es nicht selbstverständlich, daß die Sozialisten den beiden Männern ein herzliches Willkommen boten? Es zeugt von engem Denken (oder ist es gar Konformitätsfurcht?), wenn hintennach bürgerliche Blätter nahestumpfend sagen, die Sozialdemokratie habe den Besuch zu einer Parteifache gemacht!

Deutschland wird es noch sehr nötig haben, an die Partei der Marxisten zu appellieren. Was sich jetzt in Berlin abgespielt hat, und was in Wien durch die Sozialistische Internationale geschieht, ist die großartigste und wirksamste Hilfe, die Deutschland sich wünschen kann. Das Beisammensein der beiden englischen Staatsmänner mit führenden deutschen Sozialisten bei Otto Braun, und der Handelslag, den der Franzose Braque und der Deutsche Wels in Wien wechselten, sind von symbolischer Bedeutung. Aus dem Herzen muß der Antriebe zum Handeln kommen, im Geistigen, in der Seele der handelnden Menschen muß die erleuchtete Handlung sich vollzogen haben, ehe sie im Gegenständlichen sich verwirklichen kann.

Wir legen großen Wert auf persönliche Fühlungnahme der leitenden Regierungsmänner. Wäre sie vor dem Krieg eifrig gepflegt worden, so wären die Staaten nicht, wie ein Engländer es gekennzeichnet hat, in den Krieg getorrt. Sogar von den Staatsmännern des kaiserlichen Deutschland nehmen wir an, daß sie vielleicht doch Deutschland vor der völligen Isolierung bewahrt hätten, wenn sie in den Jahren des Werdens der Entente nicht nur einmal gelegentlich mit Halldane, sondern immer wiederholt mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister Groß-Britanniens enge persönliche Fühlung gehalten hätten. Von Brüning gilt erst recht, daß er Auge in Auge für Verständigung den Weg findet. Das kaiserliche Deutschland hat wohl auch Monarchenbegegnungen gekannt; aber ein britischer Ministerpräsident ist seit dem europäischen Kongreß von 1878 nicht in Berlin gewesen.

Die amtliche Verlautbarung von den Berliner Gesprächen bietet inhaltlich sehr wenig. Das pflegt von allen diesen Verlautbarungen zu gelten; aber die eine Bemerkung über Abrüstungsfragen sagt viel. Wird man in Berlin verstehen lernen, daß die Ausnutzung eines Rechtes politisch unklug sein kann? Man sollte meinen, das Opfer eines Drogenkreuzers sei gering, wenn dafür eine Atmosphäre der Verständigung geschaffen werden kann! Pariser nationalistische Kreise, Leute von der Denart wie unsere Stahlhelmer und Sakenkreuzler, zeigen sich sofort beunruhigt. Sie befürchten, eine englisch-deutsche Einigung in der Abrüstungsfrage werde zu einem Druck auf Frankreich führen; ein nationalisiertes Blatt sagt bereits, ein derartiges Unternehmen sei eine Drohung und eine Unverschämtheit gegen Frankreich. Auch gemäßigtere Blätter warnen die Reichsregierung vor einem Doppelspiel, bei dem sie nichts gewinnen könne. Sie sagen, nur die Zusammenarbeit mit Frankreich könne Deutschland das für seine Kredite notwendige Vertrauen schaffen.

Eines Doppelspiels bedarf es jedoch gar nicht! MacDonald will allseitige Verständigung, es soll also Frankreich mit von der Partie sein. Die Reichsregierung kann durch ehrlichen Anschluß an MacDonalds Bestrebungen Gefahren vorbeugen. Der französische Kammerabgeordnete Grumbach hat gestern in unserer Zeitung dargelegt, wie verhängnisvoll Mißverständnisse wirken, und wie sehr es nötig sei, daß man diesseits und jenseits des Rheins sich verstehen lernt. Noch sieht es so aus, als reden Frankreich und Deutschland Sprachen, für die es keine Übersetzer gibt. Und doch haben wir eine Menge Beispiele, wie im Kleinen haben und drüben die Bereitschaft zu geglicher Verständigung besteht, der Austausch von Kindern und Lehrern, die gegenseitigen Besuche waren Proben, daß in beiden Völkern sich ein heißes Streben nach echter Freundschaft regt. Nationalisten allerdings machen haben und drüben die andere Nation zum Popanz. Sozialisten bleibt es vorbehalten, gegen die Vorurteile anzukämpfen und für die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen zu werben. Die

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:

Das Ergebnis der Berliner Besprechungen.

Sozialisten bauen den Weg.

Die Internationale fordert die Abrüstung.

Teilmoratorium für die Landwirtschaft.

Zahlungsschwierigkeiten immer noch stark.

„Stabschef“ Röhm abgesetzt.

Hugenberg und der Adelsmarschall jubeln über den „roten“ Volksentscheid.

Tagesbericht:

SPD, fälltst Antisemitismus.

Ein schwarzes Schaf im bürgerlichen Rundfunkprogramm.

Deitmann will Bürgermeister in Gostbach werden.

Feuilleton:

Marie und ihre Liebhaber.

Aus aller Welt:

Der Verfassungsdiebstahl von Gricht.

Reine Funkverbindung mit dem Jupp.

Flug London — Tokio.

Gemeinschaftliche Umschau.